



GEMEINDERAT DER GEMEINDE PÖRSCHACH AM WÖRTHER SEE

NIEDERSCHRIFT

über die am Mittwoch, dem 03. November 2021 mit dem Beginn um 18.00 Uhr im Lesesaal der Gemeinde stattgefundenen fünften Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Pörschach am Wörther See

Tagesordnung

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestellung der Protokollfertiger gem. § 45 Abs. 4 K-AGO
3. Bericht - Umlaufbeschluss (24.09.2021) - Beschlussfassung Ankauf Ausrüstungsgegenstände (Tauchgeräte) für die FF Pritschitz unter Ausnützung der Förderung des KLFV
4. Bericht - Umlaufbeschluss (07.08.2021) - Beschlussfassung Ankauf Tauchpumpe für die FF Pörschach

Verhandlungsgegenstände im Wirkungskreis des Ausschusses für Facility Management, Wirtschaft und Umwelt

5. Bestäubungsprämie für in Pörschach ansässige Imker
 - Antrag der ÖVP vom 08.07.2021
 - Selbständiger Antrag des Ausschusses
6. Gefahrensicherung Burgruine Leonstein
 - Antrag der ÖVP vom 08.07.2021
 - Selbständiger Antrag des Ausschusses
7. Antrag der FPÖ vom 08.07.2021 – Wörtherseearchitektur - Wartehäuschen für Pritschitz
8. Antrag der FPÖ vom 08.07.2021 – (Neue) Vereinbarung mit Tourismusverband

Verhandlungsgegenstände im Wirkungskreis des Gemeindevorstandes

9. Antrag an den Gemeinderat - Genehmigung der Eröffnungsbilanz 2020
10. Antrag an den Gemeinderat - Genehmigung des Rechnungsabschlusses 2020
11. Antrag an den Gemeinderat - Beschlussfassung Finanzierungsplan Sanierung Gemeindestraßen BA 09
12. Antrag an den Gemeinderat - Beschlussfassung Aufteilung BZ-Mittel 2021 Errichtung Bewegungspark
13. Antrag an den Gemeinderat - Beschlussfassung Implementierung einer Teststation für die Gemeinde Pörschach - Kostenbedeckung

14. Antrag an den Gemeinderat - Beschlussfassung Auflösung Verein Stiller Advent
15. Antrag an den Gemeinderat - Beschlussfassung Vereinbarung Fa. K&W OG Schneeräumung in Teilgebieten der Gemeinde
16. Antrag an den Gemeinderat - Beschlussfassung Ansuchen Fa. K&W OG Lagerplatz am Bauhof
17. Antrag an den Gemeinderat - Beschlussfassung Kaufvertrag für Grundstück Nr. 617 KG 72152 Fr. Schmidt Anneliese
18. Antrag an den Gemeinderat - Beschlussfassung Verordnung betr. Tarifordnung für die schulische Tagesbetreuung in der VS Pörtschach
19. Antrag an den Gemeinderat - Beschlussfassung Angebot Fa. AMI Kärnten GmbH Sicherheitstechnische Evaluierung Bauhof
20. Antrag an den Gemeinderat - Beschlussfassung KEM-Projekt „Ölkesselfreie Gemeinde“
21. Antrag an den Gemeinderat - Beschlussfassung Ansuchen UWWC Subvention Bauhofleistungen
22. Antrag an den Gemeinderat - Beschlussfassung Ansuchen Dani Mureny Eisbahn
23. Allfälliges
24. Bericht Bürgermeisterin

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit:

Personelles

A n w e s e n d

sind unter dem Vorsitz der Bürgermeisterin:
die Gemeindevorstandsmitglieder:

LAbg. Mag. Silvia Häusl-Benz
Vzbgm. Robert Schandl
Vzbgm. Klaus Köfer
Florian Pacher, MA
Martin Gressl

die Gemeinderatsmitglieder:

Ramona Diexer
Oliver Faeser
Christian Kolbitsch
Peter Flaschberger
Sabine Scholl
Dorothea Lang
Dieter Mikula
Dipl. Rev. Renate Haider
Mario Gappnig
Birgit Alberer
Gabriele Hadl

entschuldigt abwesend:

Kerstin Platzer
Harald Pagitz
Erich Göbel

Ersatzmitglied: Mag. Sebastian Dernoschnig für Harald Pagitz
Raphael Mack für Kerstin Platzler
Harald Papitsch für Erich Göbel
Heidi Wienerroither für Vzbgm. Klaus Köfer zu TOP 15, 16 und 32
Heidi Wienerroither für Raphael Mack zu TOP 5
Harald Korak für Dorothea Lang zu TOP 5
Harald Korak für Dieter Mikula zu TOP 21

Schriftführerin: AL Mag. (FH) Claudia Zürner, MA

Auskunftsperson: Alexander Aichbauer zu TOP 9 bis 12

Vor Behandlung der Tagesordnung wird eine Fragestunde gem. §§46-49 K-AGO abgehalten.

Am 30. September 2021 wurden von GV Pacher dazu folgende Fragen eingebracht:

- Das Pörschacher Stipendium wurde auf Antrag der FPÖ am 15.09.21 beschlossen, jedoch unter der Vorgabe, dass für die Vergabe erst Richtlinien zu erstellen sind. In der Oktober-PÖZ gab die Bürgermeisterin bekannt, dass es “ab sofort” diese Förderung gebe. Warum verkünden Sie ein Förderinstrument, obwohl es dafür noch keine entsprechenden Richtlinien gibt?

Nachdem der Gemeinderat ein öffentliches Gremium ist und im Beschluss die groben Eckpunkte beschlossen worden sind, wurde das Förderinstrument laut diesem Beschluss verkündet.

- Am 05. Februar 2021 fand auf Verlangen der FPÖ eine GR-Sondersitzung statt, bei der die rd. 40 liegengebliebenen Anträge behandelt werden sollten. Die dabei erfolgte Paket-Beschlussfassung (zur neuerlichen Verzögerung) dieser Anträge wurde nun von der Gemeindeaufsicht des Landes Kärnten als rechtswidrig beurteilt, weil “dadurch eine Vermischung verschiedenster Verhandlungsgegenstände in unterschiedlichen Erledigungsstadien ohne formalrechtliche und gegebenenfalls inhaltliche Differenzierung herbeigeführt wird.” Welche Konsequenzen ziehen Sie aus dieser (wiederholten) Feststellung von Rechtsverstößen im Rahmen Ihrer Sitzungsleitung?

Sobald eine Unregelmäßigkeit durch die Abteilung 3 festgestellt wird, wird dies sobald als möglich wieder behoben.

Am 30. September 2021 wurden von GR Mikula dazu folgende Fragen eingebracht:

- Der autonome Bus rollt seit Mitte Sommer wieder durch den Ort und bringt so zwar keine wesentlichen Vorteile, aber verlangsamt als Nebenerscheinung zumindest den Verkehr im Zentrum. Ist es seitens der Gemeinde geplant, vor einer etwaigen Fortsetzung des Projekts (Bus und SURAA?) die Pörschacher Bevölkerung von Pörschach hinsichtlich ihrer (Un-) oder Zufriedenheit mit dem autonomen Bus und dem Projekt SURAA zu befragen?

Es liegt zurzeit noch kein Antrag auf eine Verlängerung in der Gemeinde auf. Sobald ein Antrag aufliegt wird darüber im zuständigen Gremium beraten. Gerne können im Ausschuss dann alle Ideen und Vorschläge eingebracht werden.

- Die massive Bautätigkeit in Pörschach geht oft auch zulasten unserer Gemeindestraßen, denn es gibt immer wieder offensichtlich mit Baustellen in Verbindung stehende Schäden am Allgemeingut. In welchen Fällen wurden Baufirmen bzw. Bauwerber seit April 2015 an den Kosten zur Behebung derartiger Abnutzungen an Gemeindestraßen etc. beteiligt?

In diesem Zeitraum gab es meines Wissens zwei Bauvorhaben bei denen es eine Kostenbeteiligung durch den Bauwerber gab. 1. Mühlweg BVH Seeseitn und 2. St. Martiner Weg, Gartendach Häuser.

Am 30. September 2021 wurden von GR Lang dazu folgende Fragen eingebracht:

- Welche Maßnahmen sind seitens der Gemeinde geplant um die Kooperation mit unserer Partnergemeinde Rivignano in Zukunft noch zu intensivieren?

Wir konnten in der vergangenen Periode gemeinsam mit unserer Partnergemeinde eine tolle Kooperation pflegen. So haben wir jährlich zu einem Sommerfest eingeladen und wurden Gegenzug im Herbst zum „Fiera dei Santi“ eingeladen. Hier konnte sich die Gemeinde Pörschach auch touristisch präsentieren. Anschließend gab es immer noch ein Treffen zu Weihnachten. Sobald „Corona“ wieder vorbei ist, werden wir mit unserer Partnergemeinde Rivignano-Teor wieder die jährlich geplanten Treffen fortsetzen.

- Der FPÖ-Antrag zur kostenlosen Erweiterung der Gastgärten als Hilfestellung in Coronazeiten wurde bereits im Juni 2020 eingebracht und schließlich im Mai 2021 vom Gemeinderat mehrheitlich beschlossen. Warum wurden die Pörschacher Gastronomiebetriebe nicht einheitlich mittels Informationsschreiben o.Ä. auf dieses Angebot hingewiesen?

Die Beschlüsse wurden über die Pörschacher Zeitung und auf der Homepage öffentlich gemacht werden und somit von Seitens der Gemeinde ausreichend kund gemacht.

Am 30. September 2021 wurden von GR Hadl dazu folgende Fragen eingebracht:

- Information zu Gemeindevolksbegehren wurden bisher auf die Pörschach App und die Webseite der Gemeinde gegeben. Dies hilft Bürger:innen, Informationen schnell zu finden, und reduziert den Arbeitsaufwand für Gemeindemitarbeiter:innen. Für das Gemeindevolksbegehren „Umwidnungsstopp“ veranlasste die Bürgermeisterin trotz mehrmaliger Anfragen und Beratungen dies nicht. Warum?

Mit der Pörschacher App werden die Bürgerinnen und Bürger über allgemeine Veranstaltungen informiert. Es geht darum interessante Themen sowie wichtige Informationen wie z.B. Schnupperangebote, Stellenausschreibungen, Musikschuleinschreibungen, Straßensperren, Bedarfserhebungen schnell und unpolitisch den Bürgern zur Verfügung zu stellen. An dieser Stelle möchte ich mich recht herzlich bei den Mitarbeitern allen voran Uta Leser und unserer Amtsleitung dafür bedanken, die gerne all ihnen zur Verfügung gestellten Informationen auf die App laden.

- Es sollen dem Vernehmen nach in den nächsten Monaten wieder Bäume auf Gemeindegrund insbes. auf der Promenade gefällt werden. Wie viele?

Ob und wie viele Bäume gefällt werden müssen, kann nicht genau beantworten werden. Alle Bäume im Wirkungsbereich der Gemeinde werden jährlich von einem Sachverständiger begutachtet, der je nach Dringlichkeit der Gemeinde Maßnahmen zur Sicherung des öffentlichen Raumes vorschreibt. Diese sind nicht verhandelbar und müssen von der Gemeinde beauftragt werden.

Am 27. Oktober 2021 wurden von GV Pacher dazu folgende Fragen eingebracht:

- Beim "Klimabonus" fällt Pörschach unverständlicherweise in die Kategorie III und die Bevölkerung erhält daher nur einen reduzierten Bonus (167 Euro für Erwachsene, 83,5 für Kinder). Damit wird unsere Gemeinde hinsichtlich der Erreichbarkeit mit dem öffentlichen Verkehr gleichrangig dargestellt wie etwa die Städte Villach, Spittal oder St. Veit. Andere Bürgermeister protestieren dagegen und fordern den höheren Bonus (200 Euro für Erwachsene, 100 für Kinder) für ihre Gemeinden. Warum wird von Ihnen als Bürgermeisterin keine Neuevaluierung der Gemeinde gefordert, sondern im Gegenteil die Einstufung medial sogar als "Kompliment" und "Glück" kommuniziert?

Die Bundesregierung hat beschlossen, dass jeder Kärntner eine Bonuszahlungen erhält. Es handelt sich dabei um eine ökosoziale Steuerreform, wo auch der Klimabonus abgerechnet wird. Wer auf dem Land lebt und eine schlechte Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel hat, bekommt 200 Euro. Stadtbewohner, wie z.B. Klagenfurt 133,-Euro, da eine exzellente Anbindung vorhanden ist. Meines Erachtens ist es für Pörschach ein Glück, dass wir mit öffentlichen Verkehrsmitteln, wie z.B. der S-Bahn sehr gut die Städte Villach und Klagenfurt auch ohne Auto erreichen können und daher fällt auch der Klimabonus verständlicherweise nicht in die höchste Kategorie. Das wäre unfair gegenüber Landgemeinden, wo die Infrastruktur nicht so ausgebaut ist.

- Zur Verbesserung der Maßnahmen gegen den Bahnlärm wartet Pörschach noch immer auf die Ergebnisse der lärmtechnischen Untersuchung. Deren Beauftragung wurde vor etwa einem Jahr infolge eines von mir initiierten Gemeindevolksbegehrens beschlossen, hätte aber bereits zwei Jahre früher beauftragt werden können. Warum haben Sie als Bürgermeisterin die Beauftragung der genannten lärmtechnischen Untersuchung und damit auch die Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen um zumindest zwei Jahre verzögert?

Die Lärmschutzmaßnahmen wurden nicht verzögert. Mit dem Lärmschutzfond hat das Land Anfang des Jahres ein Unterstützungspaket für bahnlärm betroffene Gemeinden geschnürt. Sowie die Antragsstellung möglich war - haben wir dies auch als eine der ersten Gemeinden in Anspruch genommen.

GV Pacher bittet um Protokollierung seiner Zusatzfrage:

Sie haben bereits im Herbst 2018 erstmalig das Angebot vom Land erhalten, eine lärmtechnische Untersuchung durchzuführen. Warum haben Sie den Gemeinderat erst 2 Jahre später damit beschäftigt?

Ich weiß nicht von welchem Angebot Sie sprechen.

Am 27. Oktober 2021 wurden von GR Lang dazu folgende Fragen eingebracht:

- Was ist der aktuelle Status hinsichtlich der umfangreichen Grundtauschvorhaben mit den Bundesforsten?

Der aktuelle Status hinsichtlich des umfangreichen Grundtauschvorhaben mit den Bundesforsten ist, dass die Vermessungen stattgefunden haben und die Ausscheidung der Flächen aus dem öffentlichen Wassergut aktuell zur Erledigung bei der Landesregierung liegen.

- Was ist der aktuelle Status hinsichtlich der Nutzung der Räumlichkeiten im 1. OG des Werzer Strandcasinos durch die Gemeinde?

Laut den mir vorliegenden Unterlagen ist der Dienstbarkeitsvertrag ausgelaufen.

Am 27. Oktober 2021 wurden von GV Haider dazu folgende Fragen eingebracht:

- In der Gemeinderatssitzung vom 21.09.2015 wurde eine Erbschaft eines Schweizer Bürgers zugunsten des Pörschacher Kindergartens erwähnt. Was geschah mit der genannten Erbschaft?

Die genannte Erbschaft in der Höhe von €2178,19,- wurde direkt dem Kindergarten verbucht und hat den Abgang verringert.

- In der Fragestunde am 08.07.2021 wurde von der Bürgermeisterin erwähnt, dass es in den letzten Jahren seitens der Gemeinde eine Vergleichszahlung in der Höhe von rund 30.000 Euro zur Beendigung einer Rechtsstreitigkeit gab. Wie erfolgte die Beschlussfassung hinsichtlich dieses (Prozess-)Vergleichs?

Die Beschlussfassung erfolgte im Umlauf im März 2020 durch den Gemeindevorstand.

Ende der Fragestunde: 18.27 Uhr

E i n g a n g i n d i e T a g e s o r d n u n g :

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende begrüßt die GemeinderätInnen und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Weiters berichtet sie, dass die Einladung ordnungsgemäß nach den Bestimmungen der K-AGO kundgemacht wurde.

Anschließend stellt die Vorsitzende den Antrag, die Tagesordnung, um folgenden Punkte zu erweitern:

- 23. Erweiterung - Beschlussfassung über Änderung des Flächenwidmungsplanes des Grundstücks Nr. 604 KG Sallach, Umwidmung einer Teilfläche im Ausmaß von ca. 960m² von Grünland – für die Land- u. Forstwirtschaft bestimmte Fläche, Ödland in Bauland – Wohngebiet (15/2019)**

Die Vorsitzende bringt den Antrag um Erweiterung der Tagesordnung zur Abstimmung. Dieser Antrag wird mit 2/3 - Mehrheit ohne GV Pacher angenommen - Enthaltungen der GRÜNEN.

GR Hadl möchte Ihr Abstimmungsverhalten zu Protokoll geben. Aufgrund der Kurzfristigkeit und der fehlenden Möglichkeit zur Akteneinsicht enthält sie sich der Abstimmung.

*Vzbgm. Köfer erklärt sich für den nächsten Erweiterungspunkt für befangen.
GR Wienerroither übernimmt seine Position.*

24. Erweiterung - Beschlussfassung Beauftragung TBP „VKS/KFW Seeuferstraße“

Die Vorsitzende bringt den Antrag um Erweiterung der Tagesordnung zur Abstimmung. Dieser Antrag wird mit 2/3 - Mehrheit ohne die FPÖ angenommen - Enthaltungen der GRÜNEN.

Vzbgm. Köfer übernimmt wieder seinen Position im Gemeinderat.

25. Erweiterung - Beschlussfassung Beauftragung TBP „Wienerroither“

Die Vorsitzende bringt den Antrag um Erweiterung der Tagesordnung zur Abstimmung. Dieser Antrag wird mit 2/3 - Mehrheit ohne GV Pacher angenommen - Enthaltungen der GRÜNEN, GR Lang, GR Mikula und GR Haider.

GV Pacher möchte sein Abstimmungsverhalten zu Protokoll geben. Aufgrund der Kurzfristigkeit in einem so heiklen Thema und der Tatsache, dass es noch eine Sitzung in naher Zeit geben wird, stimmt er dagegen.

2. Bestellung der Protokollfertiger gem. § 45 Abs. 4 K-AGO

Vzbgm. Schandl stellt den Antrag, GR Alberer und GR Flaschberger als Protokollfertiger zu bestellen.

Die Vorsitzende bringt den Antrag, GR Alberer und GR Flaschberger als Protokollfertiger zu bestellen zur Abstimmung. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen – keine Enthaltungen.

3. Bericht - Umlaufbeschluss (24.09.2021) - Beschlussfassung Ankauf Ausrüstungsgegenstände (Tauchgeräte) für die FF Pritschitz unter Ausnützung der Förderung des KLFV

Die Vorsitzende berichtet, dass mit Schreiben vom 27. August 2021, eingelangt am 7. September 2021 bei der Gemeinde, der Landesfeuerwehrkommandant Ing. Rudolf Robin, LBP, ein Ansuchen an die Bürgermeisterin zur Unterstützung eines Förderprojektes zum Ankauf von Ausrüstungsgegenständen gerichtet hat.

Im konkreten Fall sollen für die FF Pritschitz 2 Atemregler und 1 Jacket angekauft werden. Nach Abzug der Förderung durch den KLFV würde der Kostenanteil der Gemeinde €1.180,- betragen. Der unterfertigte Förderantrag war bis spätestens 30. September 2021 zu übermitteln.

Die Vorberatung des Antrages erfolgte im Gemeindevorstand im Umlauf am 23.09.2021. Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

Der Ankauf wurde im Gemeinderat mehrheitlich am 24.09.2021 im Umlauf beschlossen – Anlage 1.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

4. Bericht - Umlaufbeschluss (07.10.2021) - Beschlussfassung Ankauf Tauchpumpe für die FF Pörschach

Die Vorsitzende berichtet, dass Kommandant Klaus Gruber um Austausch der defekten Tauchpumpe der FF Pörschach angesucht hat, da ein Ersatz dringend benötigt wurde. Seitens des Landesfeuerwehrverbandes gibt es eine Förderung in der Höhe von ca. €700,-. Zwei Angebote zwischen €1.907,34,- und €2.111,51,- wurden eingeholt, wobei das Angebot der Fa. Rosenbauer eine Lieferzeit von 14 Wochen ausweist.

Die Vorberatung des Antrages erfolgte in der Sitzung des Gemeindevorstandes am 04.10.2021. Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

Der Ankauf wurde im Gemeinderat mehrheitlich am 07.10.2021 im Umlauf beschlossen – Anlage 2.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

GR Hadl bittet die Beschlussfassung im Umlauf auf das wirklich dringende Mindestmaß zu beschränken, um so eine gemeinsame Beratung gewährleisten zu können.

Verhandlungsgegenstände im Wirkungsbereich des Ausschusses für Facility Management, Wirtschaft und Umwelt

GR Mack und GR Lang erklären sich für den nachfolgenden Tagesordnungspunkt für befähigen. GR Wienerroither und GR Korak übernehmen ihre Positionen.

5. Bestäubungsprämie für in Pörschach ansässige Imker

— Antrag der ÖVP vom 08.07.2021

Die Vorsitzende bittet GR Mikula um seinen Bericht zu den Beratungen. Dieser bringt den Antrag folgend zur Kenntnis:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Einführung einer Bestäubungsprämie von 10,- pro angemeldetes Bienenvolk, dass in Pörschach gehalten wird.

Weiters berichtet er, dass der Antrag in der Vorberatung einstimmig abgelehnt wurde. Vzbgm. Schandl begrüßt die Initiative und stellt fest, dass es für eine Sicherstellung der Bestäubung in Pörschach wichtig wäre, auch auswärtige Imker bei der Prämienvergabe zu berücksichtigen. Aus diesem Grund bringt er einen Abänderungsantrag für den neuen, selbständigen Antrag des Ausschusses ein – Anlage 3.

GV Pacher stellt den Antrag gem. § 40 Abs. 5, GR Mack trotz seiner Befangenheit als Auskunftsperson das Wort zu erteilen. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen – keine Enthaltungen.

GR Mack berichtet vom Entwurf eines Formular zur Beantragung der Prämie. Im Zuge der Vorberatungen sei festgestellt worden, dass Imker mit Bienenstöcken, die ganzjährig in Pörschach aus benachbarten Gemeinden aufgestellt sind, ungleichmäßig behandelt bzw. sogar ausgeschlossen werden würden. Deren Berücksichtigung wäre aber zur Sicherstellung der Bestäubung im Gemeindegebiet ebenso sinnvoll. Aus diesem Grund hat der Ausschuss in der Vorberatung einen neuen selbständigen Antrag erstellt.

Die Vorsitzende bringt daraufhin den Antrag der ÖVP „Bestäubungsprämie für in Pörschach ansässige Imker“ zur Abstimmung.
Dieser Antrag wird einstimmig abgelehnt – keine Enthaltungen.

— **Selbständiger Antrag des Ausschusses**

GR Mikula bringt den neuen Antrag auf Basis der Vorberatungen folgend zur Kenntnis:

Der Gemeinderat möge beschließen, eine Bestäubungsprämie von jährlich € 10,- pro Bienenvolk (ab dem Jahr 2022), unter folgenden Voraussetzungen zu gewähren:

- *Haltung der Bienenrasse Apis Mellifera Carnic (gem. § 11 K-BiWG)*
- *Mitgliedschaft in einem Imkerverein bzw. Verband*
- *Ordnungsgemäße Meldung der Bienen bei Gemeinde und VIS*
- ***Imker hat seinen Haupt- oder Nebenwohnsitz in Pörschach***
- *Die gemeldeten Bienenstöcke müssen mit dem Hauptbienenstand auf Gemeindegebiet stehen*
- *Als Obergrenze für die ausgezahlte Prämie gelten 10 Bienenvölker, über diese Anzahl hinaus werden keine Beiträge ausbezahlt.*

Vzbgm. Schandl bringt einen Abänderungsantrag der ÖVP dazu ein, der die Streichung der Passage „Imker hat seinen Haupt- oder Nebenwohnsitz in Pörschach“ beantragt.

Die Vorsitzende bringt den Abänderungsantrag der ÖVP zur Abstimmung:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat beschließt die Einführung einer Bestäubungsprämie in der Höhe von € 10,- pro angemeldetes Bienenvolk, die jährlich unter folgenden Voraussetzungen beantragt werden kann:

- *Haltung der Bienenrasse Apis Mellifera Carnic (gem. § 11 K-BiWG)*
- *Mitgliedschaft in einem Imkerverein bzw. Verband*
- *ordnungsgemäße Meldung der Bienen bei Gemeinde und VIS*
- *die gemeldeten Bienenstöcke müssen mit dem Hauptbienenstand auf Gemeindegebiet stehen*
- *als Obergrenze für die ausgezahlte Prämie gelten 10 Bienenvölker, über diese Anzahl hinaus werden keine Beiträge ausbezahlt.*

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen – Enthaltung von GV Pacher.

GR Lang und GR Mack übernehmen wieder ihr Position im Gemeinderat.

6. Gefahrensicherung Burgruine Leonstein

— Antrag der ÖVP vom 08.07.202

Die Vorsitzende bringt den Antragstext folgend zur Kenntnis:

Um die Sicherung des Bestandes und Gefahrenvermeidung auf der Burgruine Leonstein sicherzustellen wird der Antrag gestellt, folgende Instandhaltungsarbeiten durchzuführen:

Die Gemeinde Pörschach ist Grundeigentümerin der Liegenschaft KG 72152 GstNr. 118/3 mit dem darauf befindlichen Gebäude „Burgruine Leonstein“.

Aufgrund drohender Gefahren von herabstürzenden Gebäudeteilen bzw. Hangbewegungen musste der direkte Zugang zu den Burgtoren bereits 2019 gesperrt werden. In den Jahren 2018 – 2020 wurden für Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten bereits €20.567,12 seitens des Grundeigentümers aufgewendet und z.T. den drohenden Gefahren entgegenzuwirken und die Bausubstanz zu erhalten. Die Arbeiten wurden z.T. mit Eigenleistungen (Bauhof) durchgeführt.

Derzeit stehen folgende Arbeiten an, welche zu Erhaltung bzw. Gefahrensicherung dringend notwendig sind:

- *Reparatur Dach Kirche (Vandalismusschaden)*
- *Reparatur Dach Lager (Technik bedroht)*
- *Reparatur entlang Geländers bzw. Absturzsicherung am Plateau am Palas/Bergfried*

Um die Burgruine zu erhalten und die Begehung zu sichern, möge der Gemeinderat somit beschließen, dass Angebote für die Sanierung eingeholt werden und die Arbeiten schnellstmöglich durchgeführt werden, wenn die Finanzierung geklärt ist.

Die Vorsitzende berichtet, dass der Antrag in der Vorberatung einstimmig abgelehnt wurde – keine Enthaltungen.

Sie bittet GR Mack um seinen Bericht zu den Vorberatungen im Ausschuss dazu. Dieser bringt die bisherigen Bestrebungen zur Erhaltung bzw. Sanierung zur Kenntnis.

GR Hadl bittet um eine Kosteneinschätzung für die erforderlichen Maßnahmen. GR Diexer schätzt diese mit ca. €10.000,- ein.

GR Mikula bittet darum, drohende Gefahren sofort abzuwenden und berichtet von einem neuen, selbständigen Antrag des Ausschusses aufgrund der Vorberatungen.

Es folgt eine intensive Diskussion über die weitere Vorgehensweise.

GR Diexer erklärt sich daraufhin für befangen. GR Wienerroither übernimmt ihre Position.

Letztendlich zieht Vzbgm. Schandl den Antrag der ÖVP „Gefahrensicherung Burgruine Leonstein“ zurück.

— Selbständiger Antrag des Ausschusses

GR Mack bringt den neuen Antrag auf Basis der Vorberatungen folgend zur Kenntnis:

Der Gemeinderat möge beschließen, die Bürgermeisterin aufzufordern, die zur Substanzerhaltung notwendigen Arbeiten umgehend zu beauftragen.

Die Vorsitzende bringt den selbständigen Antrag des Ausschusses zur Abstimmung.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen – keine Enthaltungen.

GR Diexer übernimmt wieder ihre Position im Gemeinderat.

7. Antrag der FPÖ vom 08.07.2021 – Wörtherseearchitektur - Wartehäuschen für Pritschitz

Die Vorsitzende bringt den Antragstext folgend zur Kenntnis:

*Der Gemeinderat wolle beschließen:
Der Gemeinderat beauftragt die Errichtung eines Bus-Wartehäuschens im Stile der bereits vorhandenen, an die Wörthersee-Architektur angelehnten Wartehäuschen.*

GR Mack berichtet, dass der Antrag in der Vorberatung einstimmig angenommen wurde – keine Enthaltungen.

Die Vorsitzende bringt den Antrag der FPÖ gemäß Antragstext zur Abstimmung.
Dieser Antrag wird einstimmig angenommen – keine Enthaltungen.

8. Antrag der FPÖ vom 08.07.2021 – (Neue) Vereinbarung mit Tourismusverband

Die Vorsitzende bringt den Antragstext folgend zur Kenntnis:

*Der Gemeinderat wolle beschließen:
Der Gemeinderat beauftragt die Bürgermeisterin damit, allfällige bestehende Vereinbarungen neu bzw. eine gänzlich neue Vereinbarung mit dem Tourismusverband Pörschach zu verhandeln und diese dem Gemeinderat ehestmöglich zur Beschlussfassung vorzulegen. Insbesondere soll in die Vereinbarung das Einvernehmen im Sinne des §4 Abs. 2a des Kärntner Tourismusgesetzes festgehalten werden.*

GR Mack berichtet, dass der Antrag in der Vorberatung einstimmig angenommen wurde – keine Enthaltungen.

Die Vorsitzende bringt den Antrag der FPÖ gemäß Antragstext zur Abstimmung.
Dieser Antrag wird einstimmig angenommen – keine Enthaltungen.

GV Pacher stellt einen Fristsetzungsantrag hinsichtlich des von der FPÖ eingebrachten Antrags vom 08.07.2021 – Wiedereinführung eines Fußgängerübergang vor der Gemeinde. Der Gemeinderat setzt dem RBL-Ausschuss eine Frist zu Berichterstattung bis zur nächsten Sitzung bzw. bis zum 30.11.2021.

Verhandlungsgegenstände im Wirkungsbereich des Gemeindevorstandes

9. Antrag an den Gemeinderat - Genehmigung der Eröffnungsbilanz 2020

Die Vorsitzende bringt die textlichen Erläuterungen des Finanzverwalters dazu zur Kenntnis:

Die Vermögenswerte wurden von der Finanzverwaltung in einer Exceldatei erfasst und über die Firma SOT bewertet. Bei der ersten Überprüfung durch die Gemeinderevision wurden leider Doppelerfassungen und teilweise zu hohe Kapitaltransferbewertungen festgestellt. Auch die KPC-Förderungen mussten noch erfasst werden. Nach Eingrenzung der Doppelerfassungen und neu Berechnung diverser Kapitaltransfers wurden die Änderungen mit Hilfe der Fima PSC in der Vermögensbuchhaltung und in der EB durchgeführt. Auch die KPC-Förderungen wurden nachträglich erfasst.

Die Eröffnungsbilanz ergibt somit eine Aktiva und Passiva in der Höhe von €25.486.117,02. Nach einer neuerlichen Begutachtung durch das Amt der Kärntner Landesregierung (Abt.3-Gemeinderevision) wurde die EB mit folgendem Text genehmigt.

Die Gemeinde Pörschach am Wörthersee hat in den letzten Wochen und Monaten in Abstimmung mit der Abteilung 3 die Eröffnungsbilanz (EB) per 01.01.2020 im Sinne der VRV 2015 und des Kärntner Gemeindehaushaltsgesetzes (K-GHG) ausgearbeitet.

Der nun am 30.09.2021 übermittelte EB-Entwurf wurde von Seiten der Gemeindeaufsichtsbehörde einer nochmaligen Plausibilitätsprüfung unterzogen. Im Zuge dieser Plausibilisierung konnten im EB-Entwurf keine Verstöße gegen die Bestimmungen der VRV 2015 und des K-GHG festgestellt werden. Der am 30.09.2021 vorgelegte Entwurf der EB per 01.01.2020 entspricht demzufolge den maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen und kann somit dem Gemeinderat der Gemeinde Pörschach am Wörthersee zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Weiters berichtet sie, dass die Vorberatung in der gestrigen Sitzung des Gemeindevorstandes einstimmig positiv erfolgte und eröffnet nachfolgend die Debatte dazu.

GV Gressl bittet um eine Einführung in die Thematik und regt einen Schulungstermin für alle Gemeindevorstande an. Die Vorsitzende sichert zu, bei der Verwaltungsakademie und dem Gemeindebund entsprechende Informationen einzuholen. GR Haider begrüßt den Vorschlag von GV Gressl. In weiterer Folge merkt sie an, dass für sie einige Unklarheiten bestehen, da sie Formelfehler, fehlende Rückstellungen und Verbindlichkeiten festgestellt habe. Die Vermögensdarstellung sei ihrer Meinung nach nicht korrekt dargestellt. Sie regt eine Auslagerung dieser komplexen Thematik an.

GR Hadl stellt die Enthaltung ihrer Stimme in Aussicht, da sie keine Zeit zur Prüfung der Unterlagen gehabt hätte. GR Papitsch schließt sich dieser Anmerkung an.

Der Finanzverwalter berichtet daraufhin, dass es sich bei den vorliegenden Unterlagen um einen 1. Entwurf handle, alle Vermögenswerte der Gemeinde wie Leitschienen, Gehsteigkanten, Kanäle, usw. zu erfassen. Er begrüßt den Vorschlag der Auslagerung.

GV Pacher zeigt auf, dass der Entwurf unrichtige Angaben beinhaltet und er daher keine Zustimmung geben kann. Er bittet um detailliertere Erläuterungen zukünftig zum besseren Verständnis. Außerdem wiederholt er seine Anregung zur Anschaffung des K-GHG für alle Gemeindevorstande, zumindest aber für die Mitglieder des Kontrollausschusses.

Vzbgm. Schandl spricht dem Finanzverwalter Alexander Aichbauer und Harald Hohenberger seinen Dank für ihre Arbeit aus und bittet nach erfolgter Debatte um Abstimmung.

Die Vorsitzende bringt den Antrag zur Geschäftsbehandlung zur Abstimmung. Der Antrag wird mehrheitlich ohne die Stimmen der FPÖ angenommen – keine Enthaltungen.

Die Vorsitzende stellt daraufhin folgenden Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat möge die Eröffnungsbilanz 2020 genehmigen.

Der Antrag wird mehrheitlich ohne die Stimmen von GV Pacher und GR Haider angenommen – Enthaltungen von GR Hadl, GR Lang und GR Mikula.

10. Antrag an den Gemeinderat - Genehmigung des Rechnungsabschlusses 2020

Die Vorsitzende bringt die textliche Erläuterungen des Finanzverwalters dazu zur Kenntnis:

1. Umsetzung der mit dem Voranschlag verfolgten Ziele und Strategien:

Bei der Erstellung des Voranschlages 2020 wurden erstmalig die Vorgaben der VRV 2015 umgesetzt. Im Ergebnishaushalt stehen die Erträge den Aufwendungen gegenüber. Es konnte ein Überschuss von €12.600,-- veranschlagt werden.

Der Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung im Finanzierungshaushalt wurde ausgeglichen erstellt. Das Ziel für das Finanzjahr 2020 war also das ausgeglichene Budget beizubehalten. Die Auswirkungen der „Corona-Pandemie“ für das Finanzjahr 2020 wurden bei der Erstellung des Nachtragsvoranschlages 2020 erstmals sichtbar.

Aufgrund der vorliegenden Prognosen war mit massiven Einbrüchen bei den Ertragsanteilen bzw. der Kommunalsteuer zu rechnen. Gerechnet wurde mit Mindereinnahmen von €435.200,--.

2. Beschreibung des Haushaltes:

Der vorliegende Rechnungsabschluss 2020 ergibt folgendes Bild:

Die im Nachtragsvoranschlag prognostizierten Mindereinnahmen in der Höhe von €435.200,- sind glücklicherweise nicht eingetroffen. Es ist daher lediglich zu einem Abgang von rund €194.400,-- gekommen.

3. Ergebnis- und Finanzierungs- und Vermögensrechnung:

Die Erträge und Aufwendungen werden in Summe wie folgt festgelegt:

Erträge:	€ 7.649.130,77
Aufwendungen:	€ 7.660.847,77

Entnahmen von Haushaltsrücklagen: € 168.295,70

Zuweisung an Haushaltsrücklagen: € 182.445,74

Nettoergebnis nach Haushaltsrücklagen: € 25.867,04

Die Einzahlungen und Auszahlungen (voranschlagswirksam) werden in Summe wie folgt festgelegt:

Einzahlungen:	€ 7.884.889,60
<u>Auszahlungen:</u>	<u>€ 8.079.248,76</u>

Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung:	€ - 194.359,16
abzüglich Überschuss Wirtschaftshof	€ - 5.081,36
zuzüglich Abgang Wasserentsorgung	€ 106.051,82
abzüglich Überschuss Ortskanal	€ - 140.158,39
zuzüglich Abgang Müllbeseitigung	€ 18.187,77
zuzüglich Abgang Wohnhaus Bogenweg	€ 1.719,73

abzüglich Überschuss Wohnh. Kirchweg 9 u. 11	€ - 702,61
abzüglich BZ-Vorauszahlung Feuerwehrauto	€ - 100.000,00
abzüglich BZ-Vorauszahlung für Sanierung Schule	€ - 87.500,00
zuzüglich Ausgaben für Straßensanier. BA 09	€ 301.573,21
zuzüglich Ausgaben für Bewegungspark	€ 28.084,23
<u>abzüglich Entnahme und Zuführungen an Rücklagen</u>	<u>€ - 29.250,52</u>
Bereinigtes Ergebnis Finanzierungshaushalt	€ - 101.435,28

Die Vermögensrechnung weist folgende Summen auf:

Aktiva:	€ 24.975.558,51
<u>Passiva:</u>	<u>€ 24.975.558,51</u>
Summe:	€ 0

Veränderung an liquiden Mitteln:

Anfangsstand liquide Mittel:	€ 2.677.782,45
<u>Endstand der liquiden Mittel:</u>	<u>€ 2.554.096,57</u>
Verringerung von	€ - 123.685,88

Der hier vorliegende Rechnungsabschluss (inklusive bereinigtem Ergebnis aus dem Finanzierungshaushalt wurde am 15. Oktober 2021 vom Amt der Kärntner Landesregierung, Abteilung 3 – Gemeinderevision überprüft und für richtig befunden. Sie bittet die Mitglieder um ihre Wortmeldungen.

GR Haider merkt an, dass in der Doppik Rückstellungen für nicht konsumierte Urlaube fehlen.

GV Pacher bittet künftig um eine Präsentation derartiger Informationen via Beamer, vor allem auch für die anwesenden ZuhörerInnen. Weiters beanstandet er die fehlende Darstellung des Überschusses des Promenadenbades sowie die fehlende Kostenstellenlogik. Das der Abgang nur €100.000,- betrage und nicht wie veranschlagt €400.000,- sei kein Zeichen effizienter Haushaltsführung, sondern, im Hinblick auf einen erst spät im Jahr erstellten Nachtragsvoranschlag, vielmehr ein Zeichen mangelhafter Planung. Abschließend stellt er fest, dass der Gemeinderat als letzte Gemeinde in Kärnten den Rechnungsabschluss 2020 in der heutigen Sitzung zur Beschlussfassung vorgelegt bekommt.

Die Vorsitzende stellt daraufhin folgenden Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat möge die Rechnungsabschluss 2020 genehmigen.

Der Antrag wird mehrheitlich ohne die Stimmen von GV Pacher, GR Mikula und GR Haider angenommen - Enthaltungen von GR Hadl und GR Lang.

GV Pacher möchte sein Abstimmungsverhalten zu Protokoll geben. Aufgrund des offensichtlichen Aufhol- und Verbesserungsbedarfs in der Haushaltsführung stimmt er dagegen. Diesbezüglich übergibt er der Vorsitzenden einen Dringlichkeitsantrag - Überprüfung durch den Landesrechnungshof.

11. Antrag an den Gemeinderat - Beschlussfassung Finanzierungsplan Sanierung Gemeindestraßen BA 09

Die Vorsitzende bringt zur Kenntnis, dass für Investitionsvorhaben über €250.000,- der Aufsichtsbehörde ein Finanzierungsplan zu übermitteln ist. Für die Sanierung der Gemeindestra-

ßen BA 09 (Karawankenblickstraße, Bergweg, Sallacherstraße Nord, Eschenallee, Roseneckstraße) betragen die geplanten Kosten €413.000,-.

Im Zuge des „Kommunalen Tiefbauprogrammes“ wurde eine Förderung in der Höhe von €127.100,- zugesichert, mittels noch offener BZ aus dem Jahr 2020 sollen €22.800,- finanziert werden, der Rest über eine Entnahme von Rücklagen.

GR Hadl erkundigt sich, ob damit ein rückwirkender Beschluss für bereits getätigte Vorhaben erwirkt werden soll und woher die Rücklagen dafür stammen. Der Finanzverwalter berichtet, dass für die Sanierung der Gemeindestraßen ein Sparbuch mit dem Erlös aus dem Verkauf des CCW in der Höhe von €100.000,- zweckgebunden angelegt wurde. Seitens der Aufsichtsbehörde wurde auf das Versäumnis aufmerksam gemacht.

Die Vorsitzende stellt folgenden Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat möge dem vorliegenden Finanzierungsplan für die Sanierung der Gemeindestraßen BA 09 und dessen Übermittlung an die Gemeinderevision zustimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen – keine Enthaltungen.

12. Antrag an den Gemeinderat - Beschlussfassung Aufteilung BZ-Mittel 2021 Errichtung Bewegungspark

Die Vorsitzende bringt zur Kenntnis, dass im BZ-Rahmen für das Jahr 2021 nach der Zuweisung von €22.800,- im Finanzierungsplan *Sanierung Gemeindestraßen* noch €15.100,- zu vergeben sind. Auf Anraten des Finanzverwalters Alexander Aichbauer sollen diese für die Ausfinanzierung des Bewegungsparks verwendet werden:

Ausgaben Bewegungspark:	€	60.000,--
Einnahmen Bewegungspark: BZ 2019	€	29.900,--
BZ 2021	€	15.100,--
Kost.Beteiligung TVP	€	15.000,--

GV Pacher merkt an, dass im Voranschlag 2021 kein Ansatz dafür vorgesehen wurde. Im Budget 2020 wurde die Investition zwar geplant, jedoch dann nicht umgesetzt.

GR Papitsch erkundigt sich nach der Höhe der Kostenbeteiligung des TVP. Die Vorsitzende erläutert, dass der Hauptanteil durch eine Förderung des Landes finanziert wurde, die restliche Kosten teilen sich der TVP und die Gemeinde.

Die Vorsitzende stellt folgenden Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat möge der Zuweisung der restlichen BZ-Mittel 2021 in der Höhe von €15.100,- für die Errichtung des Bewegungsparks zustimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen – Enthaltung von GV Pacher.

Die Sitzung wird von 19.44 Uhr bis 19.55 Uhr unterbrochen.

13. Antrag an den Gemeinderat - Beschlussfassung Implementierung einer Teststation für die Gemeinde Pörschach – Kostenbedeckung

Die Vorsitzende bringt zur Kenntnis, dass die Aufsichtsbehörde die Gemeinde aufgefordert hat, den Beschluss der Kostenbedeckung für die Implementierung der Teststation nachträglich der Aufsichtsbehörde zu übermitteln. Die Gesamtaufwände für den Betrieb der Teststraße im Zeitraum vom 18. Mai 2021 bis zum 31. Juli 2021 belaufen sich auf rund €33.600,74,-. Die Bedeckung wurde über das Konto 1/441900-728000 Corona-Krise 2020 und das Konto 1/070000-729000 Verfügungsmittel sichergestellt.

GV Pacher bringt daraufhin noch einmal die Genese der gemeindeeigenen Teststraße zur Kenntnis und kritisiert die Vorgehensweise scharf. Die Aufsichtsbehörde habe festgestellt, dass die Bürgermeisterin rechtswidrig handelte, da sie eigenmächtig ohne Beschluss, entschieden habe.

GR Gressl erkundigt sich, wann mit einer Refundierung vom Bund gerechnet werden kann. Die Vorsitzende erwidert, dass es diesbezüglich noch keine Rückmeldung gab. Für ein Angebot der neu geplanten PCR- Gurgeltests sei sie aber schon in intensiven Gesprächen mit der Apothekerin Fr. Mag. Wenger. Diese hat ihr heute schriftlich zugesagt, dass die PCR-Tests bei ihr in der Apotheke ausgegeben werden.

GR Papitsch erkundigt sich, nach dem Grund für den hohen Aufwand im Abrechnungsmonat Mai von über €7.000,- für „Sonstige Kosten“. Die Vorsitzende erwidert, dass es sich dabei um Ausgaben für den Ankauf der Erstausrüstung auf die Teststation handelte.

GV Pacher spricht der Koordinatorin der Teststation Tina Schweiger seinen Dank aus und übergibt der Vorsitzenden einen Zusatzantrag zur Sicherstellung von Ausgabe- und Abgabeorte für die PCR-Gurgeltests im Gemeindegebiet – Anlage 4.

Vzbgm. Schandl stellt fest, dass die Implementierung einer Teststation in der Gemeinde zu Beginn der Saison im Mai dringend notwendig war.

In der nachfolgenden Diskussion ersucht GV Pacher um Berichtigung der Aussage von Vzbgm. Schandl, dass er von Beginn an gegen die Teststation gewesen sei und bringt laut Protokoll die einstimmige Beschlussfassung der Implementierung vor. Seine Beanstandungen richteten sich lediglich gegen die freien Dienstverträge.

Die Vorsitzende bringt abschließend noch ein einstimmigen Beschluss der Vorberatung im Gemeindevorstand zur Kenntnis. Das Konto 1/441900-728000 Corona-Krise 2020 soll mit €30.000,- und das Konto 1/070000-729000 Verfügungsmittel mit €10.000,- belastet werden.

Daraufhin stellt die Vorsitzende folgenden Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat möge der Kostendeckung für die Implementierung einer Teststation für die Gemeinde Pörschach mit einer Belastung des Kontos 1/441900-728000 Corona-Krise 2020 mit €30.000,- und des Kontos 1/070000-729000 Verfügungsmittel mit €10.000,- zustimmen. Der Antrag wird einstimmig angenommen – keine Enthaltungen.

Danach bringt sie den Zusatzantrag der FPÖ mit folgendem Beschlusstext zur Abstimmung:

Als letzter Satz wird zusätzlich eingefügt:

„Der Gemeinderat ersucht die Bürgermeisterin, in Absprache mit der Abteilung 5 des Amtes der Kärntner Landesregierung sicherzustellen, dass es immer zumindest eine, besser zwei, Ausgabe- und Abgabeorte für die PCR-Gurgeltests im Gemeindegebiet gibt. Darüber hinaus

wird die Bürgermeisterin ersucht, die Möglichkeiten zur Durchführung von PCR-Tests im Gemeindegebiet für Ausnahmefälle sicherzustellen.“

Der Antrag wird einstimmig angenommen – keine Enthaltungen.

14. Antrag an den Gemeinderat - Beschlussfassung Auflösung Verein Stiller Advent

Die Vorsitzende bringt zur Kenntnis, dass der Verein „Stiller Advent am See“ (ZVR Zahl: 035178998) mit 08.11.2021 aufgelöst werden soll. Das Schreiben des Obmannes Thomas Johannes Jilly diesbezüglich wurde den Mitgliedern übermittelt.

GR Alberer erkundigt sich, ob der Fall in den Statuten des Vereins geregelt ist. Die Vorsitzende bejaht dies.

GV Pacher spricht sich gegen die Auflösung des Vereins aus und regt an eine Alternative für die heurige Veranstaltung zu finden.

Die Vorsitzende erläutert, dass sowohl das Parkhotel Pörschach als auch das Seehotel Jilly nicht mehr Mitglied sein wollen und von der Veranstaltung coronabedingt Abstand nehmen wollen.

GR Papitsch erkundigt sich nach eventuellen finanziellen Verbindlichkeiten bzw. Restschulden. Die Vorsitzende berichtet, dass es keine gäbe.

Die Vorsitzende informiert weiters, dass durch die Auflösung des Vereins die Subvention des Adventmarktes in Form von Bauhofleistungen neu zu beschließen ist. Roland Loibnegger vom TVP hat ein Ansuchen um neuerliche Unterstützungsleistung eingebracht.

Der Gemeindevorstand hat in seiner gestrigen Sitzung der Auflösung sowie einer Budgetübertragung der Bauhofleistungen auf den TVP zugestimmt.

GV Pacher stellt einen Antrag zur Geschäftsbehandlung. Er regt eine Zurückweisung des Antrages an den Gemeindevorstand zur neuerlichen Vorberatung zur Erhaltung des Vereins mit dem TVP an.

Die Vorsitzende bringt den Antrag zur Abstimmung. Der Antrag wird mehrheitlich ohne die Stimmen von GV Pacher, GR Lang und GR Haider abgelehnt – keine Enthaltungen.

Nach erfolgter Diskussion stellt die Vorsitzende folgenden Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat möge der Auflösung des Vereins Stiller Advent zustimmen. Das Budget für die Bauhofleistungen in der Höhe von max. €15.000,- und das Marktrecht sollen auf den TVP übertragen werden.

Der Antrag wird mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, GRÜNE und GR Mikula mehrheitlich angenommen – Enthaltungen von GV Pacher, GR Lang, GR Haider.

Vzbgm. Köfer erklärt sich für die nächsten zwei Tagesordnungspunkte für befangen.

Ersatz-GR Wienerroither übernimmt seine Position.

15. Antrag an den Gemeinderat - Beschlussfassung Vereinbarung Fa. K&W OG Schneeräumung in Teilgebieten der Gemeinde

Die Vorsitzende bringt zur Kenntnis, dass die bestehende Vereinbarung mit der Fa. K&W am 31. März 2021 ausgelaufen ist. Die neu abzuschließende Vereinbarung ist den Mitgliedern übermittelt worden.

Der Gemeindevorstand hat in seiner gestrigen Sitzung den Antrag dahingehend abgeändert, dass die ursprünglich Laufzeit von 3 Jahren auf 5 Monate verkürzt werden soll.

GR Papitsch stellt fest, dass in der ursprünglichen Vereinbarung unterschiedliche Stundensätze vereinbart waren. Der anwesende Bauhofleiter Klaus Pagitz berichtet, dass während der Laufzeit eine Zusatzvereinbarung getroffen wurde, in der aufgrund der Effizienz ein Mischpreis festgelegt wurde. Weiters merkt er die positive Zusammenarbeit mit der K&W und die erfolgreiche gemeinsame Umstellung auf Sole an. Die Ortskundigkeit des Winterdienstleister sowie Einsatzbereitschaft binnen 45 Minuten sind große Vorteile für die Gemeinde, ebenso die Tatsache, dass die vorgeleistete Bereitschaftsgebühr von der Firma abgearbeitet wird.

Vzbgm. Schandl stellt folgenden Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat möge der Vereinbarung mit der Fa. K&W betr. die Schneeräumung in Teilgebieten der Gemeinde bis 31. März 2022 zum Stundensatz von €93,- zustimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen – keine Enthaltungen.

16. Antrag an den Gemeinderat - Beschlussfassung Ansuchen Fa. K&W OG Lagerplatz am Bauhof

Die Vorsitzende bringt zur Kenntnis, dass Herr Michael Wunder im Namen der Fa. K&W OG um einen Lagerplatz für Astmaterial (Ausmaß: ca. 20m x 20m) am Bauhof angesucht hat. Das Ansuchen sowie ein Lageplan sind den Mitgliedern übermittelt worden.

In der Sitzung des Gemeindevorstandes am 04.10.2021 wurde das Ansuchen positiv vorberaten. Der Entwurf des dazugehörigen Pachtvertrages ist den Mitgliedern übermittelt worden.

Die Vorsitzende übergibt zur näheren Erläuterung dem Bauhofleiter das Wort. Dieser berichtet, dass die Anlieferung und Weiterverarbeitung des Materials nur während der Öffnungszeiten des Bauhofes erfolgen wird. Im Zuge der Weiterverwertung des Astmaterials sind Synergien mit dem Bauhof geplant, so dass auch das Material der Gemeinde aufbereitet werden kann.

GR Haider interessiert sich für die Weiterverwendung des Astmaterials im Detail. Der Bauhofleiter erläutert, dass dieses gehäckselt wird und als Hackgut weiterverkauft werden soll.

GR Mikula erkundigt sich nach der Widmungskonformität für das Vorhaben. AL Zürner bestätigt diese.

Die Vorsitzende stellt folgenden Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat möge der Verpachtung eines Lagerplatzes im Ausmaß von 20m x 20m am Bauhof für die Fa. K&W OG um €20,-/m² zustimmen.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich ohne die Stimme von GR Hadl angenommen – keine Enthaltungen.

Vzbgm. Köfer übernimmt wieder seine Position im Gemeinderat.

17. Antrag an den Gemeinderat - Beschlussfassung Kaufvertrag für Grundstück Nr. 617 KG 72152 Fr. Schmidt Anneliese

Die Vorsitzende bringt zur Kenntnis, dass in der Sitzung des Gemeindevorstandes am 10.11.2020 der einstimmige Beschluss gefasst wurde, dass das Grundstück Nr. 617 KG 72152 im Ausmaß von 451m² um €10,- pro m² gekauft wird. Der Kaufvertrag wurde den Mit-

gliedern übermittelt. In der Sitzung des Gemeindevorstandes wurde diesem einstimmig zugestimmt.

GR Hadl erkundigt sich nach dem Grund für den Ankauf. Die Vorsitzende berichtet, dass die Fläche in erster Linie zur Begrünung verwendet, in weiterer Folge vielleicht aber auch einmal zur Straßenverbreiterung genutzt werden soll.

GR Mikula begrüßt den Ankauf und bittet die bis dato darauf befindliche illegale Parkfläche dadurch zu verhindern.

GR Hadl bringt einen Zusatzantrag dazu ein und übergibt diesen der Vorsitzenden - Anlage 5:

Dem Antrag sei am Schluss der folgende Text hinzuzufügen:

„Das damit erworbene Grundstück ist im Sinne von Biodiversitätserhaltung und -erhöhung zu bewirtschaften und für die Zukunft als Grünland zu erhalten.“

Vzbgm. Schandl begrüßt die Initiative grundsätzlich, bewertet aber die Verpflichtung dazu als kritisch.

Die Vorsitzende stellt folgenden Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat möge dem Kaufvertrag für das Grundstück Nr. 617 KG 72152 um €4.510,- für 451m² zustimmen.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen – keine Enthaltungen.

Danach bringt sie den Zusatzantrag der GRÜNEN zur Abstimmung:

„Das damit erworbene Grundstück ist im Sinne von Biodiversitätserhaltung und -erhöhung zu bewirtschaften und für die Zukunft als Grünland zu erhalten.“

Dieser Antrag wird mehrheitlich ohne die Stimmen von den GRÜNEN, GV Pacher und GR Mikula abgelehnt – keine Enthaltungen.

Die Vorsitzende möchte ihr Abstimmungsverhalten zu Protokoll geben. Sie befürworte das Ansinnen, stehe aber einer Verpflichtung ebenso kritisch gegenüber.

18. Antrag an den Gemeinderat - Beschlussfassung Verordnung betr. Tarifordnung für die schulische Tagesbetreuung in der VS Pörtschach

Die Vorsitzende bringt zur Kenntnis, dass im Schuljahr 2021/22 38 Kinder für die ganztägige Schulform in der VS Pörtschach angemeldet sind. Nach Rücksprache mit der BÜM Gemeinnützige Betreuungs-GmbH ist eine Erhöhung der Tarife nicht notwendig, die Beträge können gleich wie im Vorjahr bleiben. Die Verordnung wurden den Mitgliedern übermittelt.

In der Sitzung des Gemeindevorstandes am 04.10.2021 wurde der Antrag positiv vorberaten.

Die Vorsitzende stellt folgenden Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat möge die Verordnung Zahl 250-1/2021-1 Tarifordnung für die schulische Tagesbetreuung beschließen.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen – keine Enthaltungen.

19. Antrag an den Gemeinderat - Beschlussfassung Angebot Fa. AMI Kärnten GmbH Sicherheitstechnische Evaluierung Bauhof

Die Vorsitzende bringt zur Kenntnis, dass aus arbeitsschutzrechtlichen Gründen eine sicherheitstechnische Evaluierung des Bauhofes dringend erforderlich ist. Das Angebot der Fa. AMI wurden Mitgliedern übermittelt.

In der Sitzung des Gemeindevorstandes am 04.10.2021 wurde der Antrag positiv vorberaten.

GR Papitsch erkundigt sich, ob die Erfassung brennbarer Stoffe im Zuge dessen mit dem Explosionsschutzdokumentes nach der Verordnung VEXAT mitberücksichtigt wird. Der Bauhofleiter bejaht dies und berichtet, dass es sich in einem 1. Schritt zunächst um eine Erstevaluierung handelt, die danach jährlich überprüft wird.

Die Vorsitzende stellt folgenden Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat möge dem Angebot der Fa. AMI für die sicherheitstechnische Evaluierung des Bauhofes um €3.240,- zustimmen.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen – keine Enthaltungen.

20. Antrag an den Gemeinderat - Beschlussfassung KEM-Projekt „Ölkesselfreie Gemeinde“

Die Vorsitzende bringt zur Kenntnis, dass im Rahmen des Maßnahmenkataloges der Klima- und Energie-Modellregion Wörthersee-Karolinger im Frühjahr 2022 eine „Raus aus dem Öl“-Offensive gestartet werden soll. Ziel der Aktion ist es, in den vier KEM-Gemeinden möglichst viele der fossil betriebenen Raumheizungen durch erneuerbare Heizungssysteme zu ersetzen. Die Projektbeschreibung ist den Mitgliedern übermittelt worden.

Um den Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energieträger der Bevölkerung möglichst einfach und schmackhaft zu machen, soll ein Gesamtpaket geschnürt werden, bei dem sich die Gemeinde Pörschach nicht nur als Anlaufstelle für Förderungen einbringt, sondern im Rahmen der Aktion auch Expert*innen aus der Region einbezieht und die Bevölkerung aktiv über die Möglichkeit eines Heizungstausches informiert:

- Information an alle Haushalte zum Thema Heizungsumstellung und Sanierung (Postwurf, Medienarbeit, Website, Gemeindezeitung)
- Themenbezogene Informationsveranstaltung
- Energieberatungen aktiv forcieren (via Land Kärnten / netEB)
- Informationen zu Förderungen (Bund-Land-Gemeinde) aufbereiten

Dieses Projekt soll mit 1.1.2022 beginnen und vorerst mit 31.12.2023 enden.

Kostenaufstellung:

- Projektabwicklung, Koordination
- Informationsveranstaltung (zur Verfügung Stellung von Räumlichkeiten, Vortragende...)
- Öffentlichkeitsarbeit (Aussendungen, Pressearbeit, Gemeindezeitung, ...)
- Bewusstseinsbildung durch Info-Veranstaltungen

Gesamtkosten: Einbringung von Eigenmitteln, Personal und Räumlichkeiten 10.000 €

Projektkosten für die Durchführung:

- Finanzieller Anreiz zur Demontage von fossilen Heizungen und Durchführung einer Heizungsumstellung auf Biomasse oder erneuerbare Energie je Anlage 1.500 €
- Finanzieller Anreiz zum Ausbau und Entsorgung von Öltanks bei Häusern die bereits auf Biomasse oder erneuerbare Energie umgestellt haben je Tank 500 €

Geschätzte Gesamtkosten für die Durchführung bei Umstellung von bis zu 20 Heizungsanlagen bzw. bis zu 20 entsorgten Öltanks pro Jahr 40.000 €
(Förderung aus dem KELWOG Fonds, Auszahlung in 2 Jahresraten)

Gesamtsumme: 50.000 €
Finanzielle Unterstützung (KELWOG Fonds) - € 40.000,- (auf 2-Jahresraten zu € 20.000,-)

In der gestrigen Sitzung des Gemeindevorstandes wurde der Antrag positiv vorberaten.

GV Pacher präzisiert, dass die €10.000,- als Eigenleistungen in Form von Anzeigen in der Gemeindezeitung oder Postings auf den sozialen Medien der Gemeinde erbracht werden können. Weiters informiert er, dass die Förderung zusätzlich zur Bundes und Landesförderung beantragt werden kann.

GR Papitsch erkundigt sich, wie viele Kessel es in der Gemeinde noch gibt. Die Vorsitzende erwidert, dass es dazu keine Daten gäbe. Abschließend spricht sich der KEM-Managerin Hiltrud Presch ihren Dank für die hervorragende Vorbereitung der Unterlagen aus.

Die Vorsitzende stellt folgenden Antrag:
Der Gemeinderat möge der Durchführung des KEM-Projekts „Ölkesselfreie Gemeinde“ mit der Einbringung von Eigenmitteln, Personal und Räumlichkeiten in der Höhe von €10.000,- und der Antragstellung beim KELWOG Fonds zur finanziellen Unterstützung in der Höhe von €40.000,- zustimmen.
Der Antrag wird einstimmig angenommen – keine Enthaltungen.

*GR Mikula erklärt sich für den nachfolgenden Tagesordnungspunkt für befangen.
GR Korak übernimmt seine Position.*

21. Antrag an den Gemeinderat - Beschlussfassung Ansuchen UWWC Subvention Bauhofleistungen

Die Vorsitzende bringt zur Kenntnis, dass der Vizepräsident im Vorstand des UWWC Pörschach, Dieter Mikula, ein Ansuchen zur Subvention der Bauhofleistungen im Zuge der Veranstaltung des Finales des Austrian Youth Cups und der Kärntner Meisterschaften vom 10.09.2021 – 12.09.2021 am Landspitz eingebracht hat.

Die Aufwände durch den Bauhof wurden mit €2.508,- (Auf- und Abbau 3 Hütten, 15 Absperrgitter mit Sockel, 10 Biertische und 3 Mülltonnen, Müllentsorgung; jedoch keine Verrechnung der Miete) verrechnet. Es gibt für die angesuchte Subvention keine Budgetansätze. Der Verein hat bereits Unterstützungen für den Bau der Hütte auf der Insel sowie einen Beitrag zum Ankauf des neuen Bootes erhalten. Auch im Rahmen der Sportlerehrung gibt es jährliche Zuwendungen.

In der Sitzung des Gemeindevorstandes am 04.10.2021 wurde der Antrag positiv mit einer 2/3 Subvention der Kosten vorberaten.

GV Pacher berichtet, dass er nach Beantwortung seiner eingebrachten Anfrage an die Bürgermeisterin zum Thema Subventionen, im Ausschuss eine Richtlinie für deren Vergabe erstellen möchte, bei der auch die Bauhofleistungen berücksichtigt werden sollen.

Die Vorsitzende stellt folgenden Antrag:

Der Gemeinderat möge dem vorliegenden Ansuchen auf Subvention der erbrachten Bauhofleistungen mit 2/3 der Kosten zuzustimmen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen – keine Enthaltungen.

GR Mikula übernimmt wieder seine Position im Gemeinderat.

Die Sitzung wird von 21.19 Uhr bis 21.31 Uhr unterbrochen

Die Vorsitzende stellt den Antrag dem anwesenden Alexander Maier für den nachfolgenden Tagesordnungspunkt als Auskunftsperson das Wort zu erteilen. Der Antrag wird einstimmig angenommen – keine Enthaltungen.

22. Antrag an den Gemeinderat - Beschlussfassung Ansuchen Dani Mureny Eisbahn

Die Vorsitzende bringt zur Kenntnis, dass Fr. Mureny um Aufstellung der Eisbahn und Bewirtschaftung der dazugehörigen Hütte angesucht hat. Die Preiskalkulation der bisher jährlich erbrachten Bauhofleistungen des Bauhofleiters sowie 2 Angebote für den Aufbau der Grundkonstruktion durch externe Firmen wurden vorberaten. Für das Projekt gibt es keinen Budgetansatz. In der Sitzung des Gemeindevorstandes am 04.10.2021 wurde der Antrag mit dem Aufbau der Eisbahn laut vorliegendem Angebot durch die Fa. E&K positiv vorberaten.

In weiterer Folge übergibt sie dem Mitinitiator Alexander Maier das Wort. Dieser erläutert die Bestrebungen und vor allem auch die geplanten Präventionsmaßnahmen je nach aktueller Lage und bittet abschließend um Unterstützung des Vorhabens.

Vzbgm. Schandl erkundigt sich, bis wann die Beauftragung erfolgen muss. Der Bauhofleiter erwidert, dass der Aufbau vorbehaltlich der heutigen Beschlussfassung für kommenden Montag vereinbart wurde.

GR Gappnig spricht sich für das Vorhaben aus.

GR Papitsch erkundigt sich nach den Gesamtkosten für das Vorhaben. Die Vorsitzende erwidert, dass mit Kosten in der Höhe von ca. €10.000,- gerechnet werden muss.

Vzbgm. Schandl erkundigt sich, ob es seitens der Fa. E&K auch eine Option zum Mietkauf gäbe. Der Bauhofleiter verneint dies und führt an, dass die Konstruktion sehr teuer sei. Er spricht sich für die Durchführung eines Probelaufs mit der Konstruktion aus mit anschließender Evaluierung.

Die Vorsitzende stellt folgenden Antrag:

Der Gemeinderat möge zustimmen, die Vorarbeiten für den Aufbau der Eisbahn laut vorliegendem Angebot an die Fa. E&K auszulagern und diese am Marktplatz aufzustellen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen – keine Enthaltungen.

23. Beschlussfassung über Änderung des Flächenwidmungsplanes des Grundstücks Nr. 604 KG Sallach, Umwidmung einer Teilfläche im Ausmaß von ca. 960m² von Grünland – für die Land- u. Forstwirtschaft bestimmte Fläche, Ödland in Bauland – Wohngebiet (15/2019)

Die Vorsitzende bringt zur Kenntnis, dass sich aufgrund eines nachträglich eingeforderten Entwässerungskonzepts die Beschlussfassung verzögerte. Das Ansuchen wurde im zuständigen Ausschuss positiv vorberaten. Die Änderung des Flächenwidmungsplanes wurde vom 7. Oktober bis 4. November 2019 kundgemacht, es gab keine Einwendungen.

GR Hadl äußert Bedenken hinsichtlich der Folgewirkungen für weitere Änderungsflächen in dem Bereich.

Die Vorsitzende stellt folgenden Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat möge dem Widmungspunkt 15/2019 - Änderung des Flächenwidmungsplanes des Grundstücks Nr. 604 KG Sallach, Umwidmung einer Teilfläche im Ausmaß von ca. 960m² von Grünland – für die Land- u. Forstwirtschaft bestimmte Fläche, Ödland in Bauland – Wohngebiet zustimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen – Enthaltungen von GV Pacher und GR Hadl.

GV Pacher möchte sein Abstimmungsverhalten zu Protokoll geben. Für ihn sei bei einer derart sensiblen Thematik wie einer Umwidmung eine kurzfristige Erweiterung nicht die richtige Vorgehensweise, aus diesem Grund enthält er sich. GR Hadl schließt sich der Sichtweise an.

*Vzbgm. Köfer erklärt sich für den nachfolgenden Tagesordnungspunkt für befangen.
GR Wienerroither übernimmt seine Position.*

26. Beschlussfassung Beauftragung TBP „VKS/KFW Seeuferstraße“

Die Vorsitzende bringt zur Kenntnis, dass ein Beschluss für die Beauftragung aus der Vorperiode vorliegt. Aufgrund entstandener Mehrkosten regt sie eine neuerliche Beschlussfassung an, mit gleichzeitiger Kostenübertragung auf den Umwidmungswerber. In der gestrigen Gemeindevorstandssitzung wurde das Angebot positiv vorberaten.

GV Pacher stellt fest, dass die Beauftragung des TBP bereits eigenmächtig erfolgte, da dieser der Verwaltung schon bekannt sei und am kommenden Montag bereits dem zuständigen Ausschuss zur Beschlussfassung präsentiert werde. Entgegen dem ursprünglich Ansatz 2/3 der Wohnungen gefördert und 1/3 als Eigentum zu planen, sei die jetzige Ausgestaltung genau konträr. Zuletzt kritisiert er die per Weisung der Bürgermeisterin verwehrte Akteneinsicht zu den bereits vorliegenden Teilbebauungsplänen, die im Ausschuss vorberaten werden sollen, für GR Haider und ihn. Dieses Verhalten sei nicht grenzwertig, sondern damit wäre eine Grenze überschritten worden.

Die Vorsitzende erwidert, dass der vorliegende TBP noch nicht finalisiert sei und Dr. Jernej diesen am Montag im Ausschuss präsentieren wird.

GR Lang bestätigt als damalige Obfrau des Ausschusses den ursprünglichen eindeutigen Fokus auf geförderten, leistbaren Wohnbau.

Die Vorsitzende stellt den Antrag, dem befangenen Vzbgm. Köfer das Wort zu erteilen und dazu zu befragen. Der Antrag wird einstimmig angenommen – keine Enthaltungen.

Vzbgm. Köfer erläutert, dass die maximale Ausnützung der Förderung fokussiert wird.

GR Hadl kritisiert, dass sie erst seit 18 Uhr Kenntnis von diesem Tagesordnungspunkt habe. Der Obmann des zuständigen Ausschusses GR Faeser merkt an, dass das Grundgerüst für den vorliegenden TBP bereits in der Vorperiode beraten wurde, der Architektenwettbewerb allerdings erst in diesem Jahr erfolgte. Er selbst kenne den vorliegenden TBP selbst nicht.

GV Pacher spricht sich grundsätzlich nochmalig explizit für die Schaffung von sozialem Wohnraum aus, widerspricht aber vehement dem überwiegend kommerziellen Charakter dieses Projekts.

Nach intensiver Diskussion stellt die Vorsitzende folgenden Antrag an den Gemeinderat:
Der Gemeinderat möge der Beauftragung des Raumplaners Dr. Jernej zur Erstellung eines TBPs „VKS/KFW Seeuferstraße“ zum Kostenpunkt von €10.200,- inkl. 20% Mwst. mit einer Kostenübertragung auf den Widmungswerber zustimmen.
Der Antrag wird mehrheitlich ohne die Stimmen von den GRÜNEN und GV Pacher angenommen – keine Enthaltung.

Vzbgm. Köfer übernimmt wieder seine Position im Gemeinderat.

27. Beschlussfassung Beauftragung TBP „Wienerroither“

Die Vorsitzende bringt zur Kenntnis, dass der Raumplaner Dr. Jernej ein Angebot für die Erstellung des TBPs „Wienerroither“ übermittelt hat.

Sie berichtet weiters, dass die Gemeinde in Vorleistung für die Erstellung des TBP gehen müsste und Hr. Wienerroither die Kosten weiterverrechnen könne.

GR Haider erkundigt sich, ob es bereits einen Entwurf eines Kaufvertrages gibt. GV Pacher erwidert, dass die Eckpunkte zur genauen Ausgestaltung noch nicht verhandelt seien.

GR Hadl regt die Erstellung einer Vereinbarung dazu an, dass die Kosten in jedem Fall vom Projektwerber übernommen werden. Die Vorsitzende erwidert, dass Hr. Wienerroither die vorbehaltlose Kostenübernahme zugesagt habe.

GR Hadl stellt abschließend aufgrund der kurzfristigen Erweiterung ihre Gegenstimme in Aussicht.

Vzbgm. Schandl stellt einen Antrag zur Geschäftsbehandlung und bittet um Abstimmung des Antrages. Der Antrag wird mehrheitlich ohne die Stimme von der FPÖ und den GRÜNEN angenommen – keine Enthaltungen.

Im Anschluss stellt die Vorsitzende folgenden Antrag an den Gemeinderat:
Der Gemeinderat möge der Beauftragung des Raumplaners Dr. Jernej zur Erstellung eines TBPs „Wienerroither“ zum Kostenpunkt von €8.280,- inkl. 20% MwSt. mit einer Kostenübertragung auf den Widmungswerber zustimmen.
Der Antrag wird mehrheitlich ohne die Stimme von den GRÜNEN und GV Pacher, GR Lang und GR Haider angenommen - Enthaltung von GR Mikula.

28. Allfälliges

GR Lang erkundigt sich nach dem Stand des geplanten Umbaus der Volksschule.

GR Alberer bittet, das Gemeindeamt möglichst nach telefonischer Vorankündigung aufzusuchen, damit die MitarbeiterInnen nicht unnötig aus ihrem Arbeitsprozess gerissen werden.

GR Hadl berichtet von einer informativen Veranstaltung des Landes zum Thema Raumordnung am Weissensee, an der sie teilgenommen hat. Weiters stellt sie fest, dass der Motorikpark endlich eröffnet ist und die Überlebensbäume offiziell der Gemeinde übergeben wurde, leider ohne Einbringung ihrer Kontakt zur japanischen Botschaft.

GV Pacher erinnert abermals an die Fixierung eines gemeinsamen fraktionellen Termins zur Überarbeitung der Geschäftsordnung.

29. Bericht Bürgermeisterin

Die Vorsitzende spricht eine Einladung für den 11.11.2021 zur Schlüsselübergabe an die Faschingsgilde um 11 Uhr 11 vor dem Gemeindeamt aus.

Sie berichtet von der Eröffnung des Motorikparks sowie der Übergabe der Lebensbäume durch Hr. Kosch, die auf dessen Wunsch unbedingt noch im Herbst erfolgen sollte.

Das geplante Treffen mit der Partnerstadt Rivignano am 7.11.2021 musste leider aufgrund der aktuellen Lage abgesagt werden.

Von den stattgefundenen Herbstveranstaltungen berichtet sich von einem KEM-Jugendtreffen, der Familiensternwanderung, der 10. Oktoberfeier des Abwehrkämpferbundes, dem Oktoberfest der Dorfgemeinschaft sowie den Konzerten im CCW.

Sie erinnert an die Wahl der Landwirtschaftskammer am kommenden Sonntag.

In der Galerie ZUGängliche Kunst ist aktuell eine Ausstellung mit Fotos der Fam. Assam zu besuchen.

Über die Gesunde Gemeinde fand ein Beckenboden-Workshop statt. Sie spricht ihren Dank an Uta Leser und GR Gappnig für die Organisation aus.

Der EU-Kommissar Dr. Hahn besuchte das Projekt Suraaa.

Hinsichtlich des Umbaus der Volksschule findet nächste Woche ein Termin zur Koordination mit Architekt Kopeinig statt.

Zuletzt bringt die Vorsitzende folgende eingebrachte Anträge der Fraktionen zur Kenntnis:

Selbständiger Antrag der SPÖ gem. §41 K-AGO – Vereinheitlichung Tempolimit 50 km/h

Der Antrag wird dem Ausschuss für Raumplanung, Bau und Lärmschutz zugewiesen - Anlage 6.

Selbständiger Antrag der SPÖ gem. §41 K-AGO – Ankauf von Warnwesten für die Kinder der VS

Der Antrag wird dem Ausschuss für Soziales, Kultur und Sport zugewiesen - Anlage 7.

Selbständiger Antrag der GRÜNEN gem. §41 K-AGO – Wiesen und Äcker schützen

Der Antrag wird dem Ausschuss für Raumplanung, Bau und Lärmschutz zugewiesen - Anlage 8.

Selbständiger Antrag der FPÖ gem. §41 K-AGO – Gemeinde – Lehrling als Verwaltungsassistent

Der Antrag wird dem Gemeindevorstand zugewiesen - Anlage 9.

Selbständiger Antrag der FPÖ gem. §41 K-AGO – Runder Tisch „Sorgenhügel“

Der Antrag wird dem Gemeindevorstand zugewiesen - Anlage 10.

Selbständiger Antrag der FPÖ gem. §41 K-AGO – Krebshilfe – Beratungsstelle im Gemeindeamt

Der Antrag wird dem Ausschuss für Soziales, Kultur und Sport zugewiesen - Anlage 11.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ gem. §42 K-AGO – Überprüfung durch den Landesrechnungshof

GV Pacher begründet die Dringlichkeit, damit, dass der Gemeinderat heute als letzte Gemeinde in Kärnten den Rechnungsabschluss zur Beschlussfassung vorgelegt bekommt und sich die Gemeinde damit vermutlich bereits ohnehin auf der "schwarzen Liste" befinde.

Die Vorsitzende bringt die Dringlichkeit zur Abstimmung. Diese wird mehrheitlich mit den Stimmen der ÖVP und SPÖ abgelehnt – keine Enthaltungen.

Der Antrag wird Gemeindevorstand zugewiesen – Anlage 12.

Anfrage an die Bürgermeisterin von GV Pacher gem. § 43 K-AGO – Verwendung der Verfügungsmittel

Die Vorsitzende bringt zur Kenntnis, dass sie darauf mündlich in der nächsten Sitzung des Gemeinderates oder innerhalb von zwei Monaten schriftlich antworten wird - Anlage 13.

Die Sitzung wird von 22.30 – 22.40 Uhr unterbrochen.

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit:
Personelles

Ende der Sitzung: 22:45 Uhr